

EU-Recht ermöglicht Bayern längst Schutz vor Gentechnik

Beckstein-Äußerungen zeigen Kraft der bäuerlichen Bewegung für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. „Nun braucht die CSU nur noch den Mut zu Taten“

„Wir freuen uns, dass der Bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein die Agro-Gentechnik aus Bayern am liebsten verbannen würde. Ihm ist offenbar klar geworden, dass er keine Wahlen gewinnen kann, wenn er die eindeutige Forderung der Bauern wie der Verbraucher nach einer gentechnikfreien Land- und Ernährungswirtschaft ignoriert“, kommentiert der AbL-Vorsitzende **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf** Aussagen von Ministerpräsident Beckstein in einem Interview mit dem Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt.

„Herr Beckstein sollte sich aber nicht hinter der EU verstecken und so tun, als seien ihm die Hände gebunden. Das EU-Recht gibt ihm längst die Möglichkeit, alles Notwendige zum Schutz der Bauern und Bäuerinnen zu unternehmen, die ihr Äcker gentechnikfrei halten wollen. Und weil es kein Recht der Gentechnik-Industrie auf Kontamination unserer Felder und Lebensmittel gibt, haben die Regierungen die Pflicht, alles Notwendige dafür zu veranlassen, dass keine Gentechnik-Kontaminationen stattfinden. Die österreichischen Bundesländer machen es Bayern bereits vor: Da ist zur Sicherstellung dieser Koexistenz der Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft so streng geregelt, dass kein gentechnisch veränderter Mais angebaut wird. Die rechtliche Grundlage dafür ist der Artikel 26a der EU-Freisetzungsrichtlinie. Wir fordern Herrn Beckstein und auch Bundesminister Horst Seehofer deshalb dazu auf, jetzt – noch vor der Landtagswahl – ebenfalls den Mut zu einem ähnlich konsequentem Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft aufzubringen“, so Graefe zu Baringdorf.